

11. NOVEMBER

Gemeinsame Pressemitteilung

Drohende Ausbildungsplatzabgabe: Berlins größte private Arbeitgeber warnen vor Folgen für den Standort

In einem gemeinsamen Appell rufen Berlins größte private Arbeitgeber Senat und Abgeordnete auf, die geplante Ausbildungsplatzabgabe nicht umzusetzen. Die Initiatoren warnen vor negativen Folgen der Abgabe für den Wirtschaftsstandort Berlin. Zu den Unterzeichnern gehören Handelsunternehmen wie Rewe, Edeka, Biocompany und Kaufland, aus der Industrie beteiligen sich die BASF, Siemens, Mercedes-Benz, BMW, Stadler, aus der Finanzbranche die Berliner Sparkasse, die Berliner Volksbank, die Deutsche Bank und die Commerzbank. Weitere Kritiker sind die Deutsche Bahn, Coca-Cola, der Entsorgungskonzern Alba, die Messe Berlin, die AOK Nordost, die Vivantes-Kliniken und die Dussmann Group. Am kommenden Donnerstag, 13. November, findet im Abgeordnetenhaus die Anhörung der Verbände zur drohenden Abgabe statt. Den vollständigen Appell der großen Arbeitgeber in Berlin finden Sie im Anhang.

Der Gesetzesentwurf zur Einführung der Abgabe sieht vor, dass künftig die Berliner Unternehmen jährlich nach einem von der Politik festgelegten Schlüssel eine Ausbildungsplatzabgabe zahlen müssen. Die Höhe ist abhängig von der Bruttolohnsumme im Verhältnis zur Zahl der Auszubildenden im jeweiligen Unternehmen.

Betroffen sind selbst Ausbildungsunternehmen ebenso wie Unternehmen, die keine klassischen Ausbildungsberufe anbieten können oder zwar ausbilden wollen, aber keine Auszubildenden finden. In ihrem Brief warnen die Unternehmen vor den zusätzlichen finanziellen und bürokratischen Belastungen. „Die Administration der Umlage erfordert einen zusätzlichen Verwaltungsaufwand – sowohl auf Seiten der Unternehmen als auch auf Seiten der Behörden. Gerade in wirtschaftlich angespannten Zeiten muss es aber das Ziel sein, Bürokratie abzubauen“, heißt es in dem Appell.

„Wir, die größten privaten Arbeitgeber in Berlin, sind ein zentraler Bestandteil der Wirtschaft in der Hauptstadt. Unsere Investitionen und Innovationen tragen dazu bei, dass sich Berlin zu einem dynamischen Standort in Europa entwickelt hat“, heißt es in dem Schreiben.

Die unterzeichnenden Unternehmen stehen für mehr als 150.000 Arbeitsplätze in der Hauptstadt. Sie betonen ihr langjähriges Engagement in der dualen Ausbildung und unterstreichen, dass sie jedes Jahr tausenden jungen Menschen einen qualifizierten Start ins Berufsleben ermöglichen.

Der Mangel an qualifizierten Bewerberinnen und Bewerbern werde trotz des geplanten Gesetzes bestehen bleiben. „Wer keine geeigneten Kandidaten findet, würde durch eine Umlage doppelt bestraft – einmal durch unbesetzte Stellen, ein zweites Mal durch die Abgabepflicht.“

Statt der Strafabgabe fordern die Unternehmen Maßnahmen wie eine verbesserte Schulqualität und intensivere Berufsorientierung, den Abbau von Bürokratie, Anreize für ausbildende Betriebe sowie gemeinsame Anstrengungen zur Erhöhung der Ausbildungsreife junger Menschen. „Qualität in der Ausbildung entsteht nicht durch Zwang und Sanktionen, sondern durch Partnerschaft, gute Rahmenbedingungen und gegenseitiges Vertrauen zwischen Wirtschaft, Politik und Bildungseinrichtungen“, schreiben die Arbeitgeber. Der Politik bieten sie einen konstruktiven Dialog zu dieser Frage an.

Für Rückfragen:

Claudia Engfeld, IHK Berlin: claudiaengfeld@berlin.ihk.de; +49 151 1881 1990

Carsten Brönstrup, UVB Berlin-Brandenburg: broenstrup@uvb-online.de; +49 172 3116 673

WIR SIND GEGEN DIE AUSBILDUNGSPLATZABGABE



Ausbildungsplatzumlage – Aufforderung zum Verzicht auf das Vorhaben

Wir, die größten privaten Arbeitgeber in Berlin, sind ein zentraler Bestandteil der Wirtschaft in der Hauptstadt. Wir bieten zehntausende hochqualifizierte Arbeitsplätze, unsere Investitionen und Innovationen tragen dazu bei, dass sich Berlin zu einem dynamischen Standort in Europa entwickelt hat. Wir engagieren uns intensiv für die duale Ausbildung und bieten Jahr für Jahr tausenden jungen Menschen einen qualifizierten Start in das Berufsleben.

Wir wenden uns heute an Sie, weil wir angesichts der von CDU und SPD geplanten Ausbildungsplatzumlage in großer Sorge sind. Das Instrument ist aus unserer Sicht aus zahlreichen Gründen kontraproduktiv und schädlich für die Wirtschaft. Wir fordern Sie eindringlich auf, von diesem Vorhaben Abstand zu nehmen.

1. Mangelnde Wirksamkeit

Eines der größten Probleme auf dem Berliner Ausbildungsmarkt ist der Mangel an qualifizierten Bewerberinnen und Bewerbern. Auch eine finanzielle Abgabe schafft keine zusätzlichen ausbildungsfähigen und ausbildungswilligen Jugendlichen. Viele Unternehmen bemühen sich längst intensiv mit Nachhilfeunterricht und speziellen Schulungen darum, junge Menschen ausbildungsreif zu machen. Wer trotzdem keine geeigneten Kandidaten findet, würde durch eine Umlage doppelt bestraft – einmal durch unbesetzte Stellen, ein zweites Mal durch die Abgabepflicht.

2. Erhebliche zusätzliche Bürokratie

Die Administration der Umlage erfordert einen zusätzlichen Verwaltungsaufwand sowohl auf Seiten der Unternehmen als auch auf Seiten der Behörden. In den Betrieben würde das Personalkapazitäten in erheblichem Umfang binden. Gerade in wirtschaftlich angespannten Zeiten muss es das Ziel sein, Bürokratie abzubauen.

3. Unverhältnismäßige Kostenbelastung

Die Umlage würde insbesondere die größeren Unternehmen überproportional treffen. Statt Anreize für verstärktes Engagement zu setzen, würde die Umlage für viele Firmen zu einer zusätzlichen finanziellen Belastung führen, die Investitionen in Ausbildungsqualität und -kapazitäten erschwert.

Unsere Position

Qualität in der Ausbildung entsteht nicht durch Zwang und Sanktionen, sondern durch Partnerschaft, gute Rahmenbedingungen und gegenseitiges Vertrauen zwischen Wirtschaft, Politik und Bildungseinrichtungen. Was Berlin benötigt, sind keine Strafabgaben, sondern:

- verbesserte Schulqualität und intensivere Berufsorientierung

- Bürokratieabbau statt zusätzlicher Belastungen
- Anreize und Unterstützung für ausbildende Betriebe
- gemeinsame Anstrengungen, um die Ausbildungsreife junger Menschen zu erhöhen.

Als große Arbeitgeber Berlins stehen wir zu unserer Verantwortung für die Ausbildung der nächsten Generation. Wir bitten Sie jedoch eindringlich, auf das Instrument der Ausbildungsplatzumlage zu verzichten. Stattdessen schlagen wir einen konstruktiven Dialog vor, um gemeinsam an einer Stärkung der dualen Ausbildung zu arbeiten.

Wir stehen für ein persönliches Gespräch zu diesem Thema gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

50Hertz Transmission GmbH

Stefan Kapferer (Vorsitzender der Geschäftsführung)

ABB AG

Alexander Zumkeller (Vorstand und Arbeitsdirektor)

Adtran GmbH

Guido Brinkmann (Geschäftsführer), Gunnar Wilsdorf (Geschäftsführer)

ALBA plc & CO. KG

Dr. Robert Arbter (CEO)

ALSTOM Transportation Germany GmbH

Peter Offtermatt (Vice President Human Resources Region Central and Northern Europe)

AOK Nordost – Die Gesundheitskasse

Daniela Teichert (Vorstandsvorsitzende)

Apleona Security Services GmbH

Rainer Ehrhardt (Geschäftsführer)

ASSA ABLOY Sicherheitstechnik GmbH

Dr. Timo Spiegel (Head of Operations Berlin)

AUGUST STORCK AG

Lukas Djafar Lücke (Geschäftsführer Produktion)

avanti GmbH

Petra Reinholz (Geschäftsführerin)

Axel Springer SE

Dr. Mathias Döpfner (Vorstandsvorsitzender), Mark Dekan (CFO),
Claudius Senst (COO)

BASF Services Europe GmbH

Ralf Sündermann (Geschäftsführung), Gunilla Roesler-Dalitz (Geschäftsführung)

Bayer AG

Dr. Bettina von Streit (Standortleitung, Head of Site Management Berlin and SMIS FM)

BBU Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e. V.

Maren Kern (Mitglied des Vorstandes)

BVV Versicherungsverein des privaten Bankgewerbes a. G.

Marco Herrmann (Vorstandsvorsitzender)

Berlin-Chemie | Menarini Group

Han Steutel (Chairman of the Board)

Berliner Sparkasse

Dr. Johannes Evers (Vorsitzender des Vorstandes)

Berliner Volksbank eG

Carsten Jung (Vorstandsvorsitzender)

BIO COMPANY SE

Nicole Korset-Ristic (Vorständin)

BMW Group Werk Berlin

Prof. Dr. Helmut Schramm (Leiter Produktion BMW Motorrad)

CL Spedition Berlin

Carsten Lohse (Geschäftsführer)

Coca-Cola Europacific Partners Deutschland GmbH

Cornelia Folz (Vice President Public Affairs, Communications & Sustainability)

Commerzbank AG

Sabrina Kensey (Bereichsvorständin Mittelstandsbank Mitte/Ost)

DB Sicherheit GmbH

Karan F. A. Chavan (Leiter Regionalbereich Nordost)

Deutsche Bahn AG

Alexander Kaczmarek (Konzernbevollmächtigter für die Länder Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern)

Deutsche Bank AG

Harald Eisenach (Sprecher der regionalen Geschäftsleitung Ost, Leiter Unternehmensbank Ost)

Diehl Metal Applications GmbH

Marc Burges (CFO / Geschäftsfeld Diehl Metal Applications, Geschäftsführer)

Dussmann Group

Olaf Dippel (Head of Group HR)

EDEKA

Mathias Pinnow (Geschäftsführer Vierte EDEKA-Markt Berlin GmbH)

EMST Berlin

Dr. Matthias Koch (COO/CFO)

Estrel Hotel Berlin

Ute Jacobs (Geschäftsführende Direktorin)

Everllence SE

Dr. Sven Düsselmann (Standortleiter)

Feuersozietät Berlin Brandenburg Versicherung Aktiengesellschaft

Dr. Frederic Roßbeck (Vorstandsvorsitzender)

Flaconi GmbH

Alexandra Szarmach (CHRO und Teil der Geschäftsführung)

Fröbel Bildung und Erziehung gemeinnützige GmbH

Stefan Spieker (Geschäftsführer)

GALERIA Karstadt Kaufhof GmbH

Julian Hofer (Regional Sales Director)

GE Power GmbH

Zoltan Hetenyi (Standortleiter Berlin - Plant Leader)

Gi Group Deutschland GmbH

Martin Klingen (Chief Corporate Affairs Officer Germany & Nordics,
Mitglied der Geschäftsführung)

Haberling GmbH & Co. Int. Sped. KG

Martin Kreß (Geschäftsführer)

Helios Klinikum Berlin-Buch GmbH

Carmen Bier (Geschäftsführerin)

Höffner Möbelgesellschaft GmbH & Co. KG

Joachim Hoffmann (Geschäftsführer)

Hotel Berlin, Berlin

Jan Henningsen (General Manager)

House of Healthcare GmbH

Petra Reinholz (CEO / Geschäftsführerin)

House of HR Germany GmbH

Ana Herbst ppa. (Prokuristin, Head of Legal, Compliance & Risk)

IDEAL Versicherungsgruppe

Maximilian Beck (Vorsitzender der Vorstände)

Kaufland

Heinrich Ringeling (Geschäftsführer Vertrieb Region Ost)

Knorr-Bremse Systeme für Schienenfahrzeuge GmbH

André Janis (Standortleiter)

Königliche Porzellan-Manufaktur

Martina Hacker (Geschäftsführung)

KÖTTER SE & Co. KG Security, Berlin

Rüdiger Haase (Geschäftsführender Direktor)

Mercedes-Benz AG Werk Berlin

Dr. Markus Keicher (Director & Plant Manager Berlin), Dr. Mario Tobias (Vorsitzender der Geschäftsführung)

Mercure Hotel MOA Berlin

Philip Ibrahim (Hotel Direktor - General Manager)

Messe Berlin GmbH

Dr. Mario Tobias (Vorsitzender der Geschäftsführung)

Park Inn by Radisson Berlin Alexanderplatz

Jürgen Gangl (General Manager & Director of Operation Event Hotels)

REWE

Stefan Hörning (Vorsitzender der Geschäftsleitung Region Ost)

Rossmann

Stefan Sander (CHRO / Mitglied der Geschäftsleitung)

Sana Kliniken Berlin-Brandenburg GmbH (SBB)

Jean Franke (Cluster-Geschäftsführerin Berlin/Brandenburg Nord)

Securitas GmbH Sicherheitsdienste

Mathias Fiedler (Regional Vice President)

Siemens AG

Annette Kraus (Executive Vice President, Personalleiterin, Siemens Deutschland),
Bettina Weckesser (Global Head of Siemens Professional Education)

Stadler Deutschland GmbH

Jure Mikolčić (CEO Division Deutschland, Mitglied der Konzernleitung)

Stephanus-Stiftung und Tochtergesellschaften

Dr. Ellen Ueberschär (Vorsitzende des Vorstands)

Stern und Kreisschiffahrt GmbH

Andreas Behrens (Geschäftsführung, Geschäftsführer)

TimePartner Personalmanagement GmbH

Ana Herbst ppa. (Prokuristin, Head of Legal, Compliance & Risk)

TÜV Rheinland Akademie GmbH

Andreas Ollhoff (Senior Vice President)

Vivantes - Netzwerk für Gesundheit GmbH

Dr. Johannes Danckert (Vorsitzender der Geschäftsführung & Geschäftsführer
Klinikmanagement), Dorothea Schmidt (Geschäftsführerin Personalmanagement)

Zoologische Gärten Berlin

Dr. Andreas Knieriem (Vorstand und Direktor Zoo Berlin AG,
Geschäftsführer und Direktor Tierpark Berlin GmbH)